

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XXIV/23

Bonn, den 3. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Widersprüche unserer Zeit

87

FAZ: "So sollte sich auch der neue Reichtum unauffälliger bewegen"

Von Günter Markscheffel

3

Bauland wurde teurer

37

Die Klage der Öffentlichen Bausparkassen

4 - 5

Entwicklungshilfe und öffentliche Meinung

68

Lehren aus der Interscop

Widersprüche unserer Zeit

FAZ: "So sollte sich auch der neue Reichtum unauffälliger bewegen."

Von Günter Markscheffel

Die Zeitungen des vergangenen Wochenendes waren angefüllt mit harten Erklärungen gegen die Terroraktionen eines Teiles der studentischen Jugend, mit Ankündigungen von Gegenmaßnahmen und Versprechungen für die Durchführung dringender Reformen an den Universitäten.

Soweit, so gut. Unter den demokratischen Parteien und anderen Gruppen unseres öffentlichen Lebens wird es wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß sich die Demokratie energisch zur Wehr setzen muß, wenn ihre Feinde im Begriff sind, den demokratischen Staat zu zerstören. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ein Blatt, das gewiß nicht in dem Verdacht steht, anarchischen Untrieben Vorschub leisten zu wollen, schreibt hierzu unter anderem:

- * "Das (gemeint ist die entschlossene Abwehr aller terroristischen
- * Untriebe) darf aber nicht alles sein. Anderes muß hinzutreten.
- * So sollte sich auch der neue Reichtum unauffälliger bewegen."

Da die FAZ nur vornehm andeutet, was sie damit meint, möchten wir es deutlicher sagen.

In vielen Zeitungen, Illustrierten und sonstigen Publikationen konnten die Bürger der Bundesrepublik in den letzten Wochen und Monaten lesen, wieviele Millionen DM einige junge Leute der sogenannten Night Society pro Jahr für ihre höchst privaten Vergnügungen mit wechselnden Freundinnen und Freunden verjubeln können; Söhne und Töchter von Industriellen oder anderen, vornehmlich nach dem Zweiten Weltkrieg reich gewordenen Leuten, deren einziges Verdienst es ist, in Illustrierten als Playboys oder Playgirls charakterisiert zu werden. Diesem jungen Mann stehen, ohne daß er jemals ernsthaft gearbeitet hätte, pro Jahr 8 bis 10 Millionen DM zur Verfügung, jenem Mädchen wird zur Verlobung vom Papa ein Brillantenkollier im Wert von 540.000 DM und "noch ein paar kleine" geschenkt, ein anderer kauft sich im Vorbeigehen einen Jet, damit er am Montag in Accapulco baden, am Mittwoch in Kitzbühel skilaufen und am Freitag in Ostafrika einen Löwen schießen kann.

In derselben Zeitung ist aber auch zu lesen, daß in dieser oder jener Universität die Studenten wegen Platzmangels im Treppenhaus Vorlesungen hören müssen, daß in X-Stadt kein Geld für den Bau einer modernen Schule oder eines Krankenhauses zur Ver-

fügung steht. Es ist auch zu lesen, der Herr Dr. Sowieso vom Verband der Maikäferzüchter (Nähmaschinen-Fabrikanten, Rollschuhindustriellen usw. usw.) habe erklärt, "die Wirtschaft" werde jetzt endgültig zusammenbrechen, weil die Arbeiter "schon wieder" eine Lohnerhöhung forderten, oder weil sie gar das Mitbestimmungsrecht verlangten...

Widerspruch und Blasphemie begleiten uns auf Schritt und Tritt. Die vermeintlichen Weisen sagen, es sei schon immer so gewesen, die noch nicht Weisen - die Jugend - rebellieren. Sie schlagen um sich, meutern und rennen gegen Gummiwände und Gummiknüppel an. Sie spüren oder wissen, daß der Widerspruch unserer Zeit scheinbar nicht aufzulösen ist und sie suchen einen Ausweg. Sie suchen ihn irrational, ohne Disziplin und ohne Ehrfurcht vor dem Bestehenden. Gerade das Bestehende flößt ihnen Widerwillen ein, weil die Verteidiger des Gestern und Vorgestern so tun, als sei alles in bester Ordnung. Die Jungen verlachen das Bestehende, weil sie zu wissen meinen, daß auch das Bestehende sich wandelt.

Zutiefst liegt allen diesen "Bewegungen" der Widerspruch unserer Zeit zugrunde: Das Unvermögen unserer Epoche, geistig das zu verarbeiten, was technisch und wirtschaftlich durchaus realisierbar wäre. Die junge Generation - ganz gleich in welchem Lande sie aktiv geworden ist - wird mit den Widersprüchen unserer Zeit nicht fertig.

Aber manche Alte auch nicht. Mit dickfeiliger Zuversicht in die Unwandelbarkeit der Dinge oder in die ausschließliche Brauchbarkeit der Methode "Knüppel aus dem Sack" wird man da nicht weiterkommen. Daß Radaubröder, Hausfriedensbrecher und Rollkommandos hart angepackt werden müssen, wenn sie die Gesetze, vor denen jeder Bürger gleich ist, übertreten, versteht sich von selbst. Hierzu aber brauchen die vom Gesetz bestimmten Ordnungshüter klare Anweisungen. Es geht nicht an, daß man in dem einen Ort mit Gesetzesbrechern so verfährt, als wären sie normale Demonstranten, während man an einem anderen Ort schwerstes Geschütz gegen sie aufführt. Dieser Umstand trägt auch dazu bei, daß Studenten, die studieren wollen - und das ist die große Mehrheit - unsicher werden und nicht die Kraft finden, sich politisch mit der randalierenden Minderheit auseinanderzusetzen.

Auch die längst fällige Reform unserer Universitäten und Hochschulen muß nun endlich zügig durchgeführt werden. Die Tatsache, daß hier vieles im argen liegt, ist auch ein Grund für die Zurückhaltung jener Studenten, die studieren wollen. Jeder Tag, an dem nichts Entscheidendes im Sinne der Reform unserer Universitäten und Hochschulen geschieht, fördert den Solidarisierungsprozeß unter den Studierenden aller Universitäten.

Vielleicht steht die Bundesrepublik Deutschland im zwanzigsten Jahr ihrer Existenz wirklich vor der großen Bewährungsprobe als demokratischer Staat, von der jetzt schon seit einigen Monaten geredet wird. Mit Festansprachen allein darf man es nicht bewenden lassen. Die Brücke zwischen Gestern und Morgen so stark zu bauen, daß sie von der jungen Generation mit Vertrauen beschritten werden kann, ist und bleibt Aufgabe jener, die das Wissen um den Wert des demokratischen Staates haben.

Bauland wurde teurer

Die Klage der Öffentlichen Bausparkassen

kr. - Die Öffentlichen Bausparkassen klagen, daß "die freien Wohnungsunternehmen auch 1967 wie in den Jahren 1965 und 1966 die höchsten Durchschnittspreise je Quadratmeter Bauland gezahlt haben". Auch die Käufergruppen "sonstige juristische Personen" und "Land", so wie es in einer Mitteilung weiter, "erlegten weit über dem Durchschnitt liegende Kaufpreise." Nach den in den "Wohnungsbau-Berichten" der Öffentlichen Bausparkassen getroffenen Feststellungen kauften 1967 nur der Bund und die Gemeinden "baureifes Bauland unter dem allgemeinen Durchschnittspreis".

In einem Jahr 67,2 Mill. qm Land veräußert

Nach den erst jetzt für 1967 vorliegenden Veräußerungsanzeigen wurden 65.517 baureife Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 67,2 Millionen qm veräußert. Gesamtkaufpreis: 1,73 Milliarden DM. Demnach kostete ein Quadratmeter im Durchschnitt 25,71 DM. Privatpersonen kauften über 90 Prozent der Grundstücke zum Durchschnittspreis von 22,49 DM/qm, Gemeinden 3,5 vH. für 18,82 DM/qm, 0,5 vH. Bund und Länder für 14,13 DM/qm.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen bezahlten für 2,1 vH. der Grundstücke durchschnittlich 35,16 DM/qm und freie Wohnungsunternehmen für 1 vH. 49,73 DM/qm.

Diese Tatsache stimmt sehr bedenklich, vor allem unter dem Aspekt, daß Gemeinnützige und freie Wohnungsunternehmen in ihrer Investitionsbereitschaft außerordentlich gehemmt werden, wenn sie solchen spekulativen Grundstücksverkäufen erliegen müssen; zum anderen von der Tendenz ausgehend, daß Angebot und Nachfrage auf dem freien Wohnungsmarkt erst dann in eine solide Relation gelangen, wenn freie Wohnungsunternehmen in der Lage sind, sowohl dem Bau von Eigenheimen als auch Mietwohnungsprojekte zu tragbaren Endpreisen abwickeln zu können. Vor allem der Anteil der Gemeinnützigen Unternehmen am sozialen Wohnungsbau muß gewahrt bleiben.

"Vorsichtig bei Eigentumswohnungen operieren..."

Die Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen appellierte in diesem Zusammenhang durchaus begründet, "insbesondere beim Baulandkauf für Eigentumswohnungen vorsichtig zu operieren". Dem Fachmann sind die Gründe bekannt. An dieser Stelle sei nur summarisch daran erinnert, daß vor allem im sogenannten Vorratsbau der Grundstückspreis eine wichtige Rolle spielt. Je nach Preisniveau muß er sich später auf die Preisgestaltung der Eigentumswohnung niederschlagen. Das gilt auch für den Mietwohnungsbau.

+ + +

Entwicklungshilfe und öffentliche Meinung

Lehren aus der Intercop

Wohl kaum ein anderer Bereich der Politik ist in der Bundesrepublik von einer derartig fundamentalen Unkenntnis der einfachsten Sachzusammenhänge, von schiefen Vorstellungen und Vorurteilen geprägt wie die Entwicklungspolitik. In der öffentlichen Meinung, worunter hier die des vielzitierten Mannes auf der Straße verstanden wird, tauchen unverzüglich die Klischees vom goldenen Bett oder der gläsernen Badewanne auf, wenn von Entwicklungshilfe die Rede ist. Allerdings läßt sich daraus dem Mann auf der Straße gegenüber kein Vorwurf erheben, denn es wurde in den ersten zehn Jahren deutscher Entwicklungspolitik weitgehend versäumt, ihn über deren Ziele und Formen in geeigneter und verständlicher Form zu informieren.

Angesichts dieses Versäumnisses ist es erstaunlich, daß sich der Prozentsatz der grundsätzlichen Befürworter der Entwicklungshilfe immerhin auf nahezu 65 Prozent beläuft (Ergebnis einer Anfang 1968 angestellten Umfrage von infas). Aber dabei machen sich zu einem guten Teil schon die Früchte der von Bundesminister a. D. Wischnewski sofort nach seinem Amtsantritt stark intensivierter Öffentlichkeitsarbeit bemerkbar. Zum erstenmal wurden mit einer ganzen Palette sich ergänzender Maßnahmen systematisch einzelne Bevölkerungsschichten angesprochen, um die Vorurteile gegenüber der Entwicklungspolitik abzubauen und um ein an den Tatsachen orientiertes Meinungsbild zu schaffen.

Zu den erfolgreichsten Maßnahmen zählten dabei die beiden Wanderausstellungen Intercop 67 und Intercop '68, ein Experiment, das zu Anfang von vielen mitleidsvoll belächelt, von manchen als eines Bundesministeriums unwürdig abgelehnt worden war.

Bisher annähernd 800.000 Besucher, Millionen von verteilten Broschüren sowie ein überwältigendes Echo in der jeweiligen Lokalpresse sprechen für sich. Dieser Erfolg hat bestätigt, daß trotz der gewaltigen Reizüberflutung durch die Massenmedien in der Bevölkerung das elementare Bedürfnis nach Information über politische Sachzusammenhänge noch nicht verkümmert ist. Es kommt aller-

dings sehr wesentlich auf die Form der Information an, wobei unkonventionelle Methoden nicht gescheut werden dürfen und vor allem die Überwindung psychologischer Barrieren vielfach ausschlaggebend ist. Bei der Intercop hat sich die Standortfrage als wichtigste Voraussetzung für den Erfolg erwiesen. Optimale Standorte waren Ballungszentren des Verkehrs wie z. B. in der City gelegene Markt-, Rathaus- und Bahnhofsplätze. Die Ausstellung mußte möglichst vielen Passanten im wahrsten Sinne des Wortes im Wege stehen, um sie dadurch neugierig zu machen. Nur auf diese Weise ließ sich erreichen, daß der Anteil der Zufallsbesucher, auf die es gerade ankam, besonders groß war. Die moderne äußere Gestaltung der Ausstellung, als Hinweis auf die zukunftsorientierte politische Aufgabe verstanden, trug ebenfalls wesentlich zur Weckung des Interesses bei. Nach der Überwindung der ersten wichtigen psychologischen Barriere, nämlich des Wegs in die Ausstellung, mußte der Besucher in der Ausstellung selbst in leicht faßbarer und verständlicher Form angesprochen werden. Hier kam es auf ein wohlabgestimmtes abwechslungsreiches Programm an. Einfache übersichtlich gestaltete Schaubilder mit kurzen einprägenden Sätzen und nur wenigen Zahlen, ausdrucksvolle Fotos, Modelle von Projekten, Leuchttafeln mit verschiedenfarbigen Glühbirnen (Spieltrieb), Tonbildschauen und Tonfilme, Informationsstand mit Broschüren und eine eigens geschaffenen im Bildstil aufgemachten Zeitung "Weltblick", Podiumsdiskussionen mit prominenten Journalisten erwiesen sich als geeignete Kombination, dem Besucher ein umfassendes Bild über Ziele und Formen einer modernen Entwicklungspolitik zu vermitteln.

Durch die Erfolge der Intercop in der Richtigkeit der Konzeption bestärkt, wurde Ende 1967 eine Kleinausstellung in Einwegform gestartet, die vor allem in Schulen, Rathäusern und Sparkassen gezeigt wird. Mit den 350 zur Verfügung stehenden Exemplaren dieser Ausstellung konnte die Nachfrage - bisher bewarben sich rund 600 Städte und Gemeinden - bei weitem nicht gedeckt werden. Die Gesamtbesucherzahl hat inzwischen die erstaunliche Höhe von 1,8 Millionen erreicht.

Das vielerorts als überholt geltende Medium der Ausstellung hat sich nach diesen Erfahrungen einen festen Platz in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit gesichert.